

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d

## Inhalt

35. Jahrgang / 122

1. Juli 1980

Rudi Arndt MdEP, Vizepräsident der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, sieht die Haushaltskrise der EG als noch nicht beigelegt an: Nagelprobe für Europa. Seite 1-4

Erwin Horn MdB warnt vor den euro-strategischen Waffen: Sehenden Auges in das atomare Holocaust. Seite 5/6

Axel Wernitz MdB formuliert Anmerkungen zu der bevorstehenden Asyl-Debatte des Deutschen Bundestages: Kein Wahlkampfthema. Seite 7

Rudolf Dressler kommentiert die morgigen Tarifverhandlungen über einen Manteltarifvertrag für Tageszeitungsredakteure: Fünf-Tage-Woche - eine Selbstverständlichkeit. Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Nagelprobe für Europa  
-----

Der EG-Haushalt 1980 bleibt umstritten

Von Rudi Arndt MdEP  
Vizepräsident der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Die Haushaltskrise der Europäischen Gemeinschaft besteht auch weiterhin. Was in diesem Pressedienst am 4. Juni 1980 vorausgesagt wurde, ist nunmehr eingetreten: Der Kompromiß von Brüssel vom 30. Mai 1980 hat die Haushaltskrise nicht beendet.

Auf seiner Sondersitzung am 26./27. Juni 1980 befaßte sich das Europäische Parlament erneut mit dem Haushalt 1980. Sechs Monate lang hatten die Regierungen im Ministerrat gebraucht, um zu einem neuen Haushaltsvorschlag zu kommen. Dies lag nicht etwa allein daran, daß das Europäische Parlament im Dezember 1979 mit überwältigender Mehrheit den Haushaltsplanentwurf 1980 ablehnte, sondern auch daran, daß sich anschließend die Regierungen der Mitgliedstaaten nicht über die Reduzierung des britischen Beitrages und die Erhöhung der Agrarausgaben einigen konnten. Als man sich über diese beiden Punkte dann Ende Mai einigte, vergaß man vollkommen, daß vorher noch eine Einigung mit dem Europäischen Parlament bevorstand.

Im Gegensatz zu den Problemen des Ministerrates, der sich vor allen Dingen mit nationalen Interessen auseinandersetzen hatte, vertrat das Parlament europäische Auffassungen. Es verlangte vom Haushalt 1980 eine Eindämmung der Agrarausgaben, eine Verstärkung der Ausgaben für Regional-, Struktur- und Sozialpolitik und die Mitwirkung des Parlaments bei dem Entwicklungsfonds in Darlehen und Anleihe-Operationen der Gemeinschaft. Erst am 20. Juni 1980 konnten sich die Regierungen im Ministerrat dann einigen und machten



einen neuen Haushaltsplanvorschlag, der in fast keinem Punkt den Forderungen des Europäischen Parlaments entsprach. Um die Haushaltskrise zu beenden, erklärte sich das Europäische Parlament trotzdem bereit, nach Möglichkeit in einer einzigen Lesung seine Änderungs- und Abänderungsvorschläge zu machen.

Das Haushaltsverfahren der Europäischen Gemeinschaft hat nur wenig Ähnlichkeit mit dem Haushaltsverfahren im Bundestag. In der Europäischen Gemeinschaft machen die neun Regierungen dem Ministerrat einen Vorschlag, bei dem das Parlament nicht die Möglichkeit hat, ihn in der ersten Lesung abzulehnen. Es hat vielmehr nur die Möglichkeit in der ersten Lesung Abänderungs- und Änderungsvorschläge zu machen. Dabei braucht es für die Abänderungsvorschläge, die die Zahlen des Entwurfs des Ministerrates verändern, eine Mehrheit von 206 Stimmen. Änderungsvorschläge dagegen, die nur die Erläuterungen oder gesetzliche Ausgaben betreffen, benötigen dagegen nur die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Nach den Römischen Verträgen gibt es jedoch in dieser Lesung keine Schlußabstimmung des Parlaments, sondern die Änderungs- und Abänderungsanträge gehen, soweit sie die erforderliche Mehrheit gefunden haben, an den Ministerrat. Akzeptiert der Ministerrat alle Anträge, dann ist der Haushalt damit soweit vorbereitet, daß der Präsident des Parlaments ihn feststellt und damit ist der Haushalt in Kraft. Nur dann, wenn der Ministerrat mit den Anträgen des Parlaments nicht einverstanden ist, beanstandet er diese Beschlüsse und es kommt zu einer zweiten Lesung. Da in der zweiten Lesung das Parlament nur noch die nichtgesetzlichen Ausgaben in einem bestimmten Rahmen verändern kann, hat es dafür die Möglichkeit, mit einer Dreifünftel-Mehrheit den Haushaltsplan insgesamt abzulehnen. Nachdem am 26./27. Juni das Europäische Parlament in Luxemburg seine Änderungen und Abänderungen beschlossen hat, liegt es also nunmehr am Ministerrat, ob er diese Änderungen und Abänderungen annimmt und damit die Voraussetzung für das Inkrafttreten des Haushaltes schafft.

In der Debatte um diesen Haushaltsplan wurde von der Sozialistischen Fraktion in aller Schärfe die bisherige Rolle des Rates in Europa kritisiert. Der Ministerrat, bestehend aus den Vertretern der neun Mitgliedsregierungen, hat die Probleme der Europäischen Gemeinschaft keineswegs gelöst, sondern nur weiter vor sich hergeschoben! Der Entwurf des Haushaltes 1980, so wie er vom Ministerrat ausgestellt wurde, zeigt, daß man zwar einen Kompromiß über die Zahlungen Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft und die Erhöhung der Agrarpreise gefunden hat, aber die Probleme wurden dabei nur um zwölf Monate verschoben. Die Ungleichgewichtigkeit des Europäischen Haushaltes wird dadurch deutlich, daß man erkennt, daß

- die Ausgaben für Nahrungsmittel und Agrarpolitik nunmehr um 73 Prozent aller Ausgaben betragen,
- es auch nach gewissen Erleichterungen für Großbritannien noch immer so ist, daß einige Länder, obwohl sie im Bruttosozialprodukt unter dem europäischen Durchschnitt liegen, trotzdem mehr in die Europäische Gemeinschaft hineinzahlen müssen als andere Staaten, deren Bruttosozialprodukt deutlich über dem Europäischen Durchschnitt liegen, mehr Geld aus dem Europäischen Haushalt beziehen als sie einbezahlen,
- durch das ständige Wachsen der Agrarausgaben für das Jahr 1981 damit zu rechnen ist, daß die Europäische Gemeinschaft weniger einnimmt, als sie ausgeben muß.

Alle diese Fragen schiebt der Ministerrat vor sich her und außerdem versäumt er es, sich mit den Argumenten des Europäischen Parlaments konstruktiv auseinanderzusetzen. Die Sozialistische Fraktion machte unter dem großen Beifall des gesamten Hauses deutlich, daß die neun Regierungen, die den Ministerrat stellen, im letzten Jahr immer deutlicher ihren nationalen Egoismus als einzig bestimmende Maxime für europäische Entscheidungen anerkannten. Von den Erklärungen dieser Regierungen im Zusammenhang mit der Direktwahl zum Europäischen Parlament, damit weitere Schritte zur europäischen Einigung



zu gehen, ist nichts geblieben. Es bleibt nur festzustellen, daß der Ministerrat seine politische Verantwortlichkeit nicht wahrnimmt und dem Parlament nicht gestattet, positive Beiträge als Haushaltsbehörde zu leisten.

Die Sozialdemokratische Partei hat auf ihrem Parteitag im Dezember 1979 in Berlin ihre Position zu der Haushaltsauseinandersetzung durch Beschlüsse eindeutig festgelegt. Diese Beschlüsse binden die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und sie haben sich auch entsprechend dieser Beschlüsse für Verbesserungen zugunsten der europäischen Arbeitnehmer im Haushaltsverfahren eingesetzt. Es ist bedauerlich, daß die Bundesregierung wohl meist aus Rücksicht auf andere Mitgliedstaaten, diese eindeutigen Forderungen der SPD nicht nachvollziehen kann. Dies gilt vor allen Dingen auch hinsichtlich der Eindämmung der Agrarausgaben, bei der die Bundesregierung nicht nur Rücksicht auf ihre engsten europäischen Partner nimmt, sondern auch Probleme mit den vom Koalitionspartner gestellten Landwirtschaftsminister hat, und dieses Problem ist der Dreh- und Angelpunkt der europäischen Krise. Seit mehr als fünf Jahren weiß jeder, der sich mit europäischen Fragen befaßt, daß die Finanzierung der Agrarausgaben der EG drauf und dran ist, das gesamte europäische Einigungswerk zu sprengen. Zwar ist jeder dafür, daß die gemeinsame Agrarpolitik in den europäischen Mitgliedstaaten fortgesetzt wird, aber niemand innerhalb des Ministerrates ist bereit, durch notwendige konsequente Maßnahmen etwas dazutun. Denn der gemeinsame Agrarmarkt wird nicht durch diejenigen gefährdet, die sich für eine Eindämmung der Agrarausgaben aussprechen, sondern von denjenigen, die durch blinde Garantiepreiserhöhungen dafür sorgen, daß in bestimmten Bereichen eine unverantwortliche Überschussproduktion erfolgt. Anstatt nun, wie das auch im Programm der Sozialdemokraten für Europa verlangt wird, für Butter und Zucker keine Erhöhung der Stützungspreise mehr zu akzeptieren, erhöht der Ministerrat nach wie vor und Jahr für Jahr die Garantiepreise für diese Überschussprodukte. Auch der Versuch, schon für 1980 jeden Liter Milch, der mehr als 1979 produziert wird mit einer Abgabe zu belegen, die diese zusätzliche Produktion unrentabel macht, scheiterte im Ministerat. Das einzige, was zu erreichen ist, ist die Beteuerung, man werde demnächst eine Lösung finden. Wenn das Parlament diese Lösung in den Haushaltsplan festschreiben will, wird dies vom Ministerat abgelehnt.

Der Ministerrat ist auch nicht bereit, dem Europäischen Parlament ein Mitwirkungsrecht bei den Ausgaben einzuräumen, die zum Ausgleich der britischen Überbelastung an Großbritannien zurückgewährt werden. Das Parlament stellte die Forderung, daß diese Mittel nicht einfach im britischen Haushalt verschwinden, sondern daß sie zur Verbesserung der Beschäftigungslage und der regionalen Wirtschaftsstruktur auszugeben sind. Schließlich sträubte sich der Ministerrat gegen geringfügige Aufstockungen von Ausgaben für Beschäftigungspolitik, Regionalpolitik, soziale Hilfen im Stahlbereich und zusätzliche Maßnahmen zugunsten von arbeitslosen Frauen. Zwar kann man in den offiziellen Verlautbarungen der Mitgliedsregierungen große Worte über die Erschließung alternativer Energiequellen und für Verstärkung der Hilfe für Entwicklungsländer, vor allen Dingen gegen Hunger, lesen, aber wenn es darum geht, mit verhältnismäßig wenig Geld die Konsequenzen aus diesen Versprechungen zu ziehen, dann versagt der Ministerrat. Für diese zusätzlichen Maßnahmen hat die Sozialistische Fraktion Anträge gestellt für etwa 70 Millionen DM. Dies bei einem Haushalt, der über 40 Milliarden DM liegt. Die Christdemokraten und Liberalen stimmten jedoch gegen alle diese Anträge. Sie verweigerten sogar bei einem Teil der Anträge, die der Haushaltsausschuß mit überwiegender Mehrheit gestellt hat, die Zustimmung, um so dem Ministerrat nachher die Annahme der Änderungsanträge des Parlaments nicht zu schwer zu machen. Schließlich blieben 28 Millionen DM übrig, die das Europäische Parlament für Verbesserung der regionalen Struktur und soziale Ausgaben zusätzlich beantragt zu dem, was der Ministerrat bisher bewilligt hatte. Darüber hinaus hatten Christdemokraten und Liberale in fast allen Fällen die weitergehenden For-



derungen des Parlaments, zum Beispiel zur Eindämmung der Agrarausgaben, zur Einbeziehung des Entwicklungshilfefonds in den Haushalt und zur Verstärkung der Regionalpolitik, wider besseres Wissen abgelehnt, um so dem Ministerrat die Zustimmung zu den Vorschlägen des Parlaments zu erleichtern. Es war zum Teil peinlich, wie diese bürgerlichen Fraktionen all ihre Grundsätze opferten, um nach Möglichkeit noch im Juni ein Inkrafttreten des europäischen Haushaltes zu erreichen. Dieses Ziel der möglichst raschen Verabschiedung des Haushaltes war für sie so wichtig, daß sie die gerade in Haushaltsfragen bis zu diesem Zeitpunkt gewährte Einheit aller Fraktionen aufkündigten, wohl auch um dem christdemokratischen Ratsvorsitzenden Colombo den Trumpf zu geben, in seiner Amtszeit auch diese Hürde Europas zu meistern.

Wie falsch diese Haltung der Christdemokraten und Liberalen war, zeigte sich nach Beendigung der Parlamentssitzungen. Der Ratspräsident Colombo befand sich im Parlamentsgebäude, er hatte die Absicht am Ende der Plenarsitzung das Einverständnis des Ministerrates mit den Vorschlägen des Parlaments zu erklären. Aber dieses Vorhaben scheiterte. Einige Regierungen waren nicht bereit, die 28 Millionen DM zusätzlich, die das Parlament beschlossen hatte, zu bewilligen. Diese 28 Millionen DM sind nicht einmal der Betrag, der jeden Tag eines Jahres für die Unterstützung der Milchproduktion von der Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt wird. Sollte der Rat, der eine 15-Tage-Frist zur Darlegung seines Standpunktes hat, wegen eines solchen Betrages den Haushaltsplan ablehnen, dann würde damit deutlich, in welchem Ausmaß der Ministerrat in den Fragen Europas versagt. Dies würde zu ernsthaften Konsequenzen führen, denn eine Ablehnung der Vorschläge des Parlaments aus diesem Grunde wäre mit den Grundlagen der Römischen Verträge unvereinbar.

Als Sozialdemokrat kann ich nur hoffen, daß die Vertreter der Bundesregierung ihrerseits alles tun werden, um den kaum ins Gewicht fallenden Änderungsvorschlägen des Parlaments gerecht zu werden. Dies umso mehr als sowohl in den entsprechenden Parteiprogrammen der Sozialdemokraten als auch in denen der Freien Demokraten die jetzigen Beschlüsse des Parlaments faktisch Mindestforderungen darstellen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten würden sich andernfalls ein Armutszeugnis ausstellen, und die volle Verantwortung für eine schwere Krise der Europäischen Gemeinschaft übernehmen müssen.

(-/1.7.1980/vo-he/ca)



**Sehenden Auges in das atomare Holocaust**

**Euro-Strategische Waffen steigern das Atom-Krieg-Risiko**

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Ein düsteres Panorama der aktuellen Weltlage hinsichtlich der weltweiten Rüstung und insbesondere angesichts des zunehmenden Arsenal an Atomwaffen hat das Stockholmer Internationale Institut für Friedensforschung (SIPRI) in seinem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht beschrieben.

"Sehenden Auges lassen wir zu, daß das Nuklear-Potential weiter wächst und heute lebensbedrohende Ausmaße angenommen hat. Offenbar haben wir nicht genug Hirnstrukturen, um die Eigendynamik der militärischen Entwicklung zu bannen. Somit treiben wir auf die Katastrophe zu", stellte der Direktor von SIPRI, der englische Friedensforscher Dr. Frank Barnaby, in einem Vortrag an der Universität Hamburg fest.

Die drei wichtigsten Ergebnisse des diesjährigen SIPRI-Berichtes sind:

1. Die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges ist größer geworden.
2. Das von den Vereinten Nationen verkündete Jahrzehnt der Abrüstung war ein völliger Fehlschlag.
3. Das Wettrüsten ist der Kontrolle durch die politische Führung entglitten.

Ein Datenvergleich belegt das geradezu wahnsinnig anmutende Ausmaß der Rüstungsentwicklung. So sind die weltweiten Rüstungsangaben in diesem Jahrhundert geradezu ins Gigantische gestiegen. Im Jahre 1914 wurden für die Rüstung insgesamt 20 Milliarden Dollar ausgegeben, am Ende des Zweiten Weltkrieges bereits 70 Milliarden Dollar, 1980 dürften die jährlichen Rüstungskosten nach SIPRI-Schätzungen bereits auf über 500 Milliarden Dollar anwachsen. (Der Gesamthaushalt des Bundes für 1980 beträgt rund 214 Milliarden DM). SIPRI geht davon aus, daß mindestens bis 1985 die Kostenexplosion - und damit die Verschwendung von Ressourcen und die Bedrohung - noch zunehmen.

Die Staaten geben im laufenden Jahr umgerechnet 900 Milliarden Mark für Rüstungszwecke aus; von diesem Betrag entfallen 15 Prozent auf die Staaten der Dritten Welt, den



Löwenanteil von 70 Prozent teilen sich allerdings die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes und der NATO. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts nahmen die Rüstungsimporte um zehn Prozent zu, in der zweiten Hälfte jedoch um 25 Prozent. Im letzten Jahr wurden weltweit fünfmal mehr Rüstungsgüter ausgeführt als zehn Jahre zuvor. Zwei Drittel dieser Waffen gingen an Länder der Dritten Welt, von denen viele von Unterentwicklung, Hungersnot und Seuchen heimgesucht werden. Spitzenreiter des Waffenhandels sind wiederum die beiden großen Weltmächte USA und Sowjetunion. Das Fazit des Instituts lautet:

Der Waffenhandel hat in beunruhigendem Maße zugenommen.

Die Weltpolitik hat nach Beurteilung des Instituts 1980 eine besonders gefährliche Phase erreicht. Durch Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Länder, wie die bewaffnete Intervention der Sowjetunion in Afghanistan, und durch Demonstrationen militärischer Stärke und Androhung von Machtanwendungen hätten die internationalen Spannungen zugenommen.

Auch in Europa wächst die Gefahr eines Atomkrieges zunehmend, nach Ansicht des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts. Die Entwicklung neuer euro-strategischer Waffen, die in Europa stationiert oder auf Europa gerichtet werden sollen, bedeuten eine wesentliche Risikosteigerung, zumal sie durch keine der laufenden internationalen Verhandlungen zur Rüstungskontrolle erfaßt werden.

Auch im Bereich der strategischen Waffen erhöht sich die Gefahr zunehmend durch die Entwicklung neuerer, präziserer Waffensysteme. SIPRI zeigt auf, daß wir dadurch auf einen Punkt zulaufen, bei dem die Vorwarnzeit immer stärker vermindert wird und die Zweitschlagskapazität, das bisher bestehende eigentliche Element der Balance innerhalb der Weltmächte, außer Funktion gesetzt werden kann.

Skeptisch äußerte sich der Direktor von SIPRI, Dr. Frank Barnaby über die Möglichkeit, durch Appelle an die Vernunft an die Politiker einen nuklearen Holocaust auszuschließen. Mehr Vertrauen setze er in die öffentliche Meinung. "Sie ist ein machtvolles Instrument, und wenn die Öffentlichkeit sich bewußt wäre, in welcher Gefahr wir sind, würde sie auf ein Ende des tödlichen Rüstungswettlaufes dringen".

Gewisse Hoffnungen setzen die SIPRI-Forscher in die für den Herbst dieses Jahres geplante KSZE-Folgekonferenz. Sie bietet Gelegenheit zu weiteren vertrauensbildenden Maßnahmen.

(-/1.7.1980/hf/ca)



## Asylrechtsproblematik darf kein Wahlkampfthema sein

Anmerkungen zur bevorstehenden Debatte des Deutschen Bundestages

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender im Bundestagsinnenausschuß

Fünf Minuten vor zwölf in dieser Legislaturperiode des Bundestages wird es noch einmal zu einer Asylrechtsdebatte kommen. Grundlage sind die Antworten der Bundesregierung auf Große Anfragen von Koalition und Opposition. Vor allem aber stehen nach Abschluß der Ausschußberatungen die Gesetzentwürfe von SPD und FDP sowie CDU/CSU zur Beschleunigung des Asylverfahrens zur Debatte und Abstimmung an.

Die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten zur Asylrechtsproblematik in den letzten Tagen lassen für die jetzt und künftig zur Lösung anstehenden Fragen kein angemessen vernünftiges Klima erwarten. Mehrere Plenardebatten der letzten beiden Wochen bieten hierfür schlechtes Beispiel genug. Dabei gibt es in Wirklichkeit keine Alternative zu dem ernsthaften Versuch, die vielschichtige Problematik des Asylrechts aus der Zone des wechselseitigen Schlagabtauschs herauszubringen und die Probleme verantwortungsbewußt und sachgerecht gemeinsam anzugehen. Das gilt für das Verhältnis der Parteien und Fraktionen zueinander genauso wie für das Spannungsverhältnis Bundestag-Bundesrat sowie für Bund, Länder und Gemeinden.

Die Basis für eine entsprechende gemeinsame Aufarbeitung ist eigentlich besser denn je. Zum einen sind hier die beiden Antworten der Bundesregierung auf die Großen Anfragen zu nennen. Sie bieten allen, die sich mit der Asylrechtsmaterie eingehender beschäftigen müssen, solides und aktuelles Arbeitsmaterial. Vor allem aber liegt seit Ende Juni nun der umfangreiche Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Asylrecht" vor, die im Auftrag des Bundeskanzlers und der Regierungschefs der Länder konkrete Vorschläge gegen Asylrechtsmißbrauch erarbeiten sollte. Wie nicht anders zu erwarten war, haben diese Beratungen ergeben, daß es auch hier keine Patentrezepte zur Problemlösung gibt.

Eine Durchsicht des Berichts zeigt, daß viele aufgeführte Vorschläge beziehungsweise Lösungsansätze noch eingehender Beratung und Prüfung bedürfen.

Von Entscheidungsreife und Konsens kann weithin noch keine Rede sein. Gerade deshalb sollten Bundesregierung und Länderregierungen es nicht bei der Vorlage des Berichts bewenden lassen, sondern auf seiner Grundlage zügig und entschlossen das notwendige, durchgreifende Gesamtkonzept entwickeln. Dieses Konzept müßte angesichts der explosionsartig steigenden Asylbewerberzahlen möglichst zu Beginn der 9. Legislaturperiode des Bundestages vorliegen und schnellstens parlamentarisch umgesetzt werden. Alle Vorschläge zur weiteren Beschleunigung des Asylverfahrens müssen auf Zweckmäßigkeit, Effizienz und Rechtsmäßigkeit, und dies offen und ohne Vorbehalt, geprüft werden.

Die Opposition wäre schlecht beraten, wenn sie sich in die Pose des Besserwissers begibt. Erstens sind die von CDU/CSU gemachten Vorschläge keineswegs rechtsstaatlich der Weisheit letzter Schluß und zweitens galt es in der Tat die Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe abzuwarten, bevor man gesetzgeberisch in dieser Legislaturperiode noch aktiv werden konnte. Insofern ist das von der Koalition vorgelegte Sofortprogramm einschließlich der Beschleunigungsnovelle der jetzt mögliche angemessene aktuelle Schritt in die richtige Richtung. Niemand wird oder will ernstlich behaupten, daß mit den jetzt ergriffenen Maßnahmen bereits all das getan ist, was zur Beschleunigung des Asylverfahrens geboten ist. Aber die Richtung stimmt und darauf kommt es an. Im übrigen wäre es keine gute Sache gewesen, kurz vor Schluß der Legislaturperiode durchgreifende Veränderungen im Verwaltungsgerichtsverfahren, sozusagen zwischen Tür und Angel, zu beschließen. Dies bedarf einer sorgfältigen umfangreichen Vorarbeit. Das 'Nein' der Opposition im Innenausschuß des Bundestages zum Koalitionsentwurf ist deshalb unverständlich und unangemessen.

(-/1.7.1980/hi/ca)



**Fünf-Tage-Woche - eine Selbstverständlichkeit**  
-----

**Zu den morgigen Tarifverhandlungen über einen  
Manteltarif-Vertrag für Redakteure an Tageszeitungen**

**Von Rudolf Dressler**

**Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft  
für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)**

Nachdem die Verleger von den Protestaktionen und spontanen Arbeitsniederlegungen anläßlich der 5. Verhandlungsrunde Mitte Juni für den Manteltarif-Vertrag für Tageszeitungsredakteure völlig überrascht wurden, erwarten die Journalistenorganisationen von der 6. Verhandlung am Mittwoch zu Recht konkrete Fortschritte.

Für 97 Prozent aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ist die tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeit eine Selbstverständlichkeit. Redakteure haben bis heute keine tarifvertraglich geregelte Arbeitszeit, selten ein freies Wochenende, häufig Nachtdienst und deshalb kaum Zeit für die Familie.

Wenn Verleger bisher den Redakteuren an Tageszeitungen jene menschenwürdigen Arbeitsbedingungen verweigerten, die für die meisten Arbeitnehmer eine Selbstverständlichkeit sind, steht die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD solidarisch an der Seite der Deutschen Journalistenunion und des Deutschen Journalistenverbandes.

Es ist verständlich, daß Journalisten, die für eine 5-Tage-Woche, für eine geregelte Arbeitszeit, für einen Freizeitausgleich bei Mehrarbeit und für Zuschläge bei Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit die Arbeit niederlegen, bei Verlegern eine besondere Betroffenheit wecken. Aber Tarifverhandlungen für Redakteure an Tageszeitungen sind keine einseitige Willenserklärung für Verleger von Tageszeitungen.

Der sich abzeichnende Lernprozeß bundesdeutscher Verleger bei Tarifverhandlungen war überfällig. Der bevorstehende Einigungsversuch verlangt von ihnen einen ernsteren Willen für ein akzeptables Ergebnis. Ansonsten haben sie den Konflikt selbst programmiert.

Im übrigen ist seit Jahren die Novellierung der Arbeitszeitordnung überfällig. Es wäre sonderbar, wenn in der tarifpolitischen Landschaft der Bundesrepublik der Gesetzgeber schneller als die Tarifvertragsparteien Arbeitszeitfragen regeln müßte.

(-/1.7.1980/hgy/ca)

+ + +  
Verantwortlich: Willi Carl

